Regierung von Mittelfranken

Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 23 Absatz 4 Nummer 2 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes - Freistellung von Bahnbetriebszwecken betreffend Flurstücke in der Stadt Nürnberg, Gemarkung Eibach

vom 15.09.2025

Nachstehend wird die Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 23 Absatz 4 Nummer 2 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) vom 27. Dezember 1993 (BGBI. I S. 2378, 2396; 1994 I S. 2439) öffentlich bekannt gegeben.

Bei der Regierung von Mittelfranken ist ein Antrag der Firma Logicor Deutschland GmbH, mit Zustimmung der Firma Bayernhafen GmbH & Co. KG, auf Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG für die nachfolgend aufgeführten Teilflächen eingegangen. Zeitgleich wurde die dauerhafte Stilllegung bei der Landeseisenbahnaufsicht Nordbayern angezeigt. Ein Verkehrsbedürfnis besteht auf den antragsgegenständlichen Flächen, laut Antragstellerin, nicht mehr.

Es handelt sich um folgende Fläche:

Gemarkung	Flurstuck
Eibach	716/16 (Teilfläche)
Eibach	716/9 (Teilfläche)
Eibach	716/44 (Teilfläche)

Bezüglich der genauen Verläufe der freizustellenden Flächen wird auf den Lageplan anbei verwiesen.

Hiermit werden die Eisenbahnverkehrsunternehmen, die gemäß § 1 Absatz 2 des Regionalisierungsgesetzes bestimmten Stellen, die zuständigen Träger der Landes- und Regionalplanung, die kommunalen Verkehrsunternehmen, die betroffenen Gemeinden sowie Eisenbahninfrastrukturunternehmen, soweit deren Eisenbahninfrastruktur an die vom Antrag betroffene Eisenbahninfrastruktur anschließt, zur Stellungnahme zum oben genannten Antrag aufgefordert.

Die Antragsunterlagen können bei der Regierung von Mittelfranken, Promenade 27, 91522 Ansbach, Zimmer Nr. F 147, während der Dienststunden nach Voranmeldung eingesehen werden.

Mit der Stellungnahme besteht Gelegenheit, Anregungen und Bedenken, die für oder gegen die Freistellung von Bahnbetriebszwecken des genannten Flurstückes sprechen, vorzutragen.

Die Stellungnahme ist der Regierung von Mittelfranken unter der oben genannten Adresse innerhalb einer Frist von 3 Wochen nach der Veröffentlichung im Bundesanzeiger zu übermitteln.

Ansbach, 15.09.2025

Regierung von Mittelfranken

La Rocca Regierungsinpektorrin

